



GRÜNE Ratsfraktion Oberhausen * Elsässer Str. 19 * 46045 Oberhausen

Fraktionsgeschäftsstelle

Armin Röpell

Fraktionsgeschäftsführer

Elsässer Str. 19

46045 Oberhausen

Telefon: 0208 - 82 02 96

Durchwahl: 0208 - 82 02 970

Telefax: 0208 - 82 02 980

fraktion@gruene-oberhausen.de

www.gruene-oberhausen.de

Stadtsparkasse Oberhausen

Konto-Nr.: 182 873

Bankleitzahl: 365 500 00

5 Min. vom HBF

Nähe Friedensplatz

30.3.2007

P R E S S E M I T T E I L U N G

Grüne fragen nach der Art der Kostenersparnis bei der OGM-Reinigung

Drei Tage nach der Verabschiedung des städtischen Haushaltes für 2007 ist dieser schon Makulatur, wenn die Planungen der OGM zur Auslagerungen von Reinigungsleistungen – hier sollen 660.000,00 € jährlich eingespart werden – zutreffen. Dies überrascht die Grünen umso mehr, da bei den Haushaltsberatungen im Zusammenhang mit den Zuweisungen an die OGM GmbH der Rat über diese haushaltsrelevante Entscheidung nicht informiert wurde. Manfred Lorentschat, Stadtverordneter der Grünen Ratsfraktion: „Es ist verwunderlich, dass das geplante Einsparvolumen nicht schon zur Ratssitzung bekannt war. Die Zuweisung an die OGM GmbH in Form eines Pauschalentgeltes beträgt 36.418.960 EUR. Auf diesen Betrag hat die OGM einen Rechtsanspruch. Wieso die jetzige Ersparnis nicht sofort von dieser Zuwendung abgezogen wurde, bleibt unerklärlich.“ Lorentschat vermutet, dass die Ersparnis zum Ende des Haushaltsjahres der OGM dem städtischen Haushalt zugeführt werden könnte. „Die Zinsbelastung aus dem erst einmal erhöhten Zuweisungsbetrag bleibt aber bei der Stadt.“

Unklar bleibt auch, wie die Ersparnis realisiert werden soll. „Das kostensparende Outsourcing von Leistungen wird normalerweise auf Kosten des Personals realisiert. Sollte etwa bei der OGM im größeren Stil Reinigungspersonal entlassen werden?“ In diesem Fall sei eine solche Entscheidung nicht allein Angelegenheit der OGM, so Lorentschat und kritisiert die Informationspolitik der 100-Prozent-Tochter der Stadt. „Es mag sein, dass im Aufsichtsrat der OGM entsprechende Beschlüsse gefasst wurden. Dies entzieht sich der öffentlichen Kenntnis. Fakt bleibt aber, dass Entscheidungen im Interesse der OGM noch lange nicht im Interesse der Stadt und ihrer BürgerInnen liegen müssen.“

Lorentschat erinnert an die Neufassung der vertraglichen Beziehungen zwischen OGM und Stadt, die im nichtöffentlichen Teil der letzten Ratssitzung getroffen wurden. „Es ist ein Unding, dass jetzt Verträge geschlossen wurden, bevor eine von der Bezirksregierung geforderte externe Beratungsgesellschaft das Geflecht von Leistungen und Entgelten einer kritischen Überprüfung unterziehen kann.“ Insofern bedauert Lorentschat abschließend, dass ein Antrag auf Aussetzung des Vertragsabschlusses bis zum Vorliegen der Beratungsergebnisse im Rat keine Mehrheit fand.